

Herr Raubach erläuterte zunächst die aktuelle Haushaltssituation unter Berücksichtigung der von der Verwaltung vorgelegten Änderungspapiere. Im Verwaltungshaushalt bestehe ein Defizit in Höhe von 6,728 Mio. €. Für den Finanzplanungszeitraum bis 2012 bedeute dies einen Restbestand der Ausgleichsrücklage von rund 2 Mio. € statt bisher 1,385 Mio. €. Diese Verbesserung resultiere insbesondere aus einer eingerechneten Senkung der Energiepreise.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise sei jedoch in den kommenden Jahren mit Mindereinnahmen zu rechnen. Verlässliche Aussagen hierzu lägen jedoch nicht vor, daher sei das Zahlenwerk in der Finanzplanung nicht verändert worden.

Im Investitionsbereich belaufe sich die vorgesehene Kreditaufnahme auf 12,4 Mio. €. Im Produkt „Vermögens- und Schuldenverwaltung“ sei als Ziel eine „geringere Kreditaufnahme als die Aufwendungen für ordentliche Tilgung“ formuliert. Die mit Kredit finanzierten Investitionen sollen hierfür reduziert werden.

Bei Gegenüberstellung der vorgesehenen Kreditaufnahmen zu den Tilgungen für die Jahre 2008 und 2009 ergebe sich eine Netto-Kreditaufnahme von 2,7 Mio. €, deutlich über dem vorgenannten Ziel. Dies sei bedingt durch Nachholbedarfe und Neuveranschlagungen im Zuge von NKF. Für die Folgejahre sei eine Netto-Neuverschuldung nicht vorgesehen.

Er bat darum, bei geforderten Mehrausgaben im Zuge der Haushaltsberatung einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten.

Über die Einbeziehung der von den Fraktionen vorgeschlagenen Änderungen/Ergänzungen zu Produkten, Zielen und Kennzahlen entwickelte sich anschließend eine intensive Diskussion über das vorzunehmende Verfahren der weiteren Haushaltsberatung, an der sich Vertreter aller Fraktionen und Herr Köhler beteiligten.

Hieraus ergab sich – nach einer Sitzungsunterbrechung – Konsens für folgende Vorgehensweise:

„Über vorliegende Anträge, die bezifferte Ausgabenerhöhungen / Einsparvorschläge zum Inhalt haben wird im Rahmen der Haushaltsberatung entschieden.

Über vorliegende Anträge mit konkreten Kennzahlen und sich hieraus ergebender unmittelbarer Haushaltsrelevanz wird im Rahmen der Haushaltsberatung entschieden.

Im Übrigen erfolgt eine weitere Behandlung in der nachstehend beschriebenen Arbeitsgruppe, soweit nicht eine mehrheitliche Zustimmung für die Ratssitzung am 11.03.2009 signalisiert wird.

Eine vollständige produktorientierte Überarbeitung der strategischen Ziele, konkreten Maßnahmen und Kennzahlen wird im Hinblick auf eine eventuell bestehende Steuerungsrelevanz in einer kurzfristig zu gründenden Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verwaltung und Politik mit externer Moderation vorgenommen. Die Arbeitsgruppe wird nach Proporz besetzt (CDU 3, SPD 2, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1, FDP 1).“

Vor diesem Hintergrund erklärte Herr Metz den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.01.09, Drucksachen-Nr. 09/0019, für erledigt.

Wegen der besseren Lesbarkeit erfolgt die Protokollierung der weiteren Haushaltsberatung in der als Anlage beigefügten Tabelle.

Nach Abschluss der Haushaltsberatung empfahl der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat

folgende Beschlussfassung: